



Protokoll der Beratung vom 7. Oktober 2004

Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:	
1.	Herr Kaun	PDS	Frau Richter	PDS	Frau Giesecke	DIII
2.	Herr Picl	PDS	Frau Theurich	FLC	Herr Weiße	AL 40
3.	Herr Dr. Schmidt	CDU/DSU			Herr Warchold	AL 41
4.	Herr Strese	CDU/DSU			Herr Bursian	Schulrat
5.	Frau Schneider	SPD			Herr Hirthe	Schulrat
6.	Herr Schaaf	SPD			Herr Thiele	AL 61
7.	Herr Kaps	AUB			Herr Gehre	SL NSG
8.	Herr Dr. Fischer	B90/Grüne			Herr Dr. Rösiger	SL MSG
9.	Frau Spring	FLC				

TOP 0. Protokollkontrolle / Abstimmung zur Tagesordnung

TOP 2 – Seite 2, Abschnitt Grundschulen: Herr **Picl** bittet um die Streichung des Satzteiles „... lehnt Veränderungen der Thesen ab“. Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Das Protokoll wird in der veränderten Form bestätigt.

**Abst.:
6:0:2**

Die TOP 5 und 11 werden getauscht.

Beratungsthemen:

- | | |
|------------------------|--|
| 1. Information | Bevölkerungsprognose Cottbus bis zum Jahr 2020 |
| 2. Information | Fortschreibung Schulkonzept Niedersorbisches Gymnasium |
| 3. Diskussion | Entscheidungsfindung Realschulen |
| 4. | Problemdarstellung und erste Diskussion Gymnasien |
| 5. Information | Stand Projekt „R.-Hildebrandt-Grundschule – verlässliche Halbtagsgrundschule, Hort und ergänzende Angebote |
| 6. Vorlage OB-039/04 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Cottbus - Haushaltsjahr 2005 |
| 7. Vorlage OB-040/04 | Fortschreibung des Mittelfristigen Investitionsplanes für die Jahre 2005 – 2008 |
| 8. Vorlage OB-041/04 | Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2005 – 2010 im Rahmen des Haushaltsplanes 2005 |
| 9. Vorlage III-020/04 | 3. Fortschreibung zur Kita-Entwicklungskonzeption |
| 10. Vorlage III-029/04 | Anpassung der Satzung Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz |
| 11. Vorlage III-031/04 | Alternative Finanzierung des Schulstandortes der Sandower Realschule |
| 12. Information | Stand Diskussion Schulsozialarbeit |
| 13. Sonstiges | Budgetierung im Amt 40
Umsetzung Beschluss III-017/04 „3. Änderung Schulentwicklungsplan Oberstufenzentren/Gymnasien“ vom 26.5.2004 |

TOP 1

Herr **Thiele** übergibt den Stadtverordneten eine Kurzfassung zur Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2020. Die Aktualisierung der Prognose wurde durch die Eingemeindungen und die in stärkerem Maße eingetretene Bevölkerungsentwicklung notwendig. Die Prognose wird in drei Varianten erläutert:

1. natürliche Entwicklung ohne Wanderungen (hypothetische Variante)
2. Einwohnerentwicklung bei unveränderter Fortsetzung des durchschnittlichen Wanderungsverhaltens (Landesprognose)
3. abgeschwächter Trend (städtische Prognose).

Im Jahr 2020 wird es ca. 87.000 Einwohner in der Stadt Cottbus geben, davon ca. 11.800 Kinder und Jugendliche (0 – 20 Jahre). An Hand einer Folie wird die Binnenwanderungsbilanz der Jahre 2000 – 2003 aufgeschlüsselt nach Stadtteilen erläutert. Es wird festgestellt, dass alle Stadtteile Verluste an Bevölkerung hinnehmen müssen. Die vorliegenden Zahlen sollen die Entscheidungsfindung zu Standorten von Schulen unterstützen.

Auf Anfrage von Herrn **Bursian** bestätigt Herr **Thiele** die Verlässlichkeit der Zahlen. Es steckt eine erhebliche Sicherheit in den Zahlen. Herr **Picl** ist der Meinung, dass die Politik hier Trend verstärkend wirkt. Die jungen Leute werden nicht gehalten. Finanzielle Zwänge sollten keine Entwicklungsgrundlage bilden. Man sollte sich bei allen Entscheidungen fragen, ob sie Trend verstärkend wirken.

TOP 2

Herr **Gehre** beschreibt die gegenwärtige Situation des Niedersorbischen Gymnasiums. Es ist eine der ältesten Einrichtungen in der Stadt, die zum Abitur führt. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule besteht neben der Abiturausbildung in der Erhaltung der sorbisch/wendischen Sprache und Kultur. Das Niedersorbische Gymnasium wurde durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport als Schule mit besonderer Prägung bestätigt. Herr Gehre betont die Zweisprachigkeit in Publikationen, im Unterricht und Arbeitsgemeinschaften. In der 9. Klasse wird in einem Zug bilingualer Sach-/Fachunterricht durchgeführt (Musik und Sport – Erdkunde und Kunst sind geplant). Große Hoffnungen werden auf das Witaj-Projekt hinsichtlich der Belebung der sorbischen Sprache gesetzt. Die Schule stellt sich die Aufnahme von Kindern, die bereits am Witaj-Projekt im Kindergarten teilnehmen, vor. Im Jahr 2006/07 werden die ersten Witaj-Kinder (zurzeit 3 Kinder) aus der Grundschule Sielow aufgenommen. Außerdem werden Schüler mit und ohne Vorkenntnisse in Sorbisch an dieser Schule aufgenommen. Der Schulleiter weist den zukünftigen Träger dieser Schule auf die zusätzliche finanzielle Belastung hin. Die Schulbücher gibt es nicht im Handel zu kaufen. Sie werden selbst erarbeitet. Die Aufwendungen für den geplanten Ganztagsbetrieb müssen beachtet werden. Er hält es für besser, wenn die Trägerschaft weiterhin beim Land verbleiben würde. Er drückt die Überzeugung aus, dass es auch zukünftig gelingen wird, die drei für den Fortbestand der Schule notwendigen Klassen aufzunehmen.

Herr **Hirthe** begrüßt die Absicht zur Aufnahme von Witaj-Kindern an dieser Schule und möchte wissen, welche konkreten Vorstellungen es dazu gibt. Es wird nur ein Teil der Schüler den gymnasialen Weg gehen, der andere Teil wird sich für andere Schulen entscheiden. Herr **Bursian** gibt zu Bedenken, dass das Witaj-Problem wesentlich intensiver bearbeitet werden muss. Die Schilderungen zur praktischen Umsetzung sind utopisch. Die Fortführung von Witaj in der Sekundarstufe I ist zu aufwändig, um an mehreren Standorten (z. B. an der Realschule Sielow) praktiziert zu werden. Sollte die Stadt sich zum Niedersorbischen Gymnasium bekennen, so Herr **Picl**, muss die Besonderheit der Schule beachtet werden. Man darf nicht sagen, dass es nicht finanzierbar ist. Herr **Bursian** erklärt, dass es schulpraktisch nicht machbar ist und nichts mit Geld zu tun hat.

TOP 3

Die Diskussion zu den Realschulen soll heute fortgesetzt werden. Herr **Weiß** erläutert die prozentuale Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2020 in kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes Brandenburg. Verluste sind in allen Kreisen und Städten (außer Potsdam) zu erwarten. In der Altersgruppe bis 20 Jahre ist mit einem Rückgang von ca. 36 % zu rechnen.

Es erfolgte die Bedarfsabschätzung „Oberschule“, die mit dem Schulamt und dem Spree-Neiße-Kreis abgestimmt ist. In der Sekundarstufe I sind 13 – 17 Züge zu erwarten. Es wird vorgeschlagen, die Schulentwicklungsplanung auf 4 Schulen mit je 3 Zügen pro Schule festzulegen. Die Entwicklungsziele werden für die Standorte der 1. und 5. Gesamtschule, der 2. Realschule, der Sachsendorfer Gesamtschule und Lausitzer Sportschule erläutert. Weiterhin werden die schulischen Konsequenzen bei Erhalt beider Realschulen in Sielow und Kahren als künftige „Oberschule“ dargestellt. Das würde die Schließung einer der genannten Standorte mit den damit verbundenen Strukturteilen bedeuten.

Auf Nachfrage von Herrn **Dr. Fischer**, ob die Erläuterungen bereits auf den dargestellten Prognosezahlen der Bevölkerungsentwicklung beruhen, antwortet Herr **Weiß**, dass hier noch die Prognosezahlen von 2001 genutzt wurden. Die aktuelle Bevölkerungsprognose verschärft das Bild weiter. Frau **Spring** äußert, dass ihre Fraktion die Standpunkte der Schulen eingeholt hat. Sielow und Kahren sollen erhalten bleiben. Das 6. Gymnasium soll in Sandow verbleiben. Ihre Fraktion favorisiert den Elternwillen vorrangig. Herr **Strese** spricht sich ebenfalls für den Erhalt der beiden Schulen aus. Das 6. Gymnasium soll in eine frei werdende Schule in Sandow umziehen. Frau **Schneider** äußert für die SPD, dass ihre Fraktion den vorgeschlagenen Weg nicht mitgeht und erinnert an die territoriale Ausdehnung der Stadt. Diese sollte beachtet werden ebenso die Änderungen im Schulsystem. In Sandow darf es keine zwei Standorte der Oberschulen geben. An welchen Standorten werden wir noch viele Schüler haben? Auch müssten bereits erfolgte und zukünftig mögliche Förderungen unbedingt beachtet werden. In den nächsten 15 Jahren, so Herr **Kaun**, muss die Stadt ihre Rolle als Oberzentrum weiterhin erfüllen. Schulen sind dabei sehr wichtig. Er erinnert daran, dass bei den Schulschließungen der Vergangenheit bereits viele schwere Entscheidungen zu treffen waren. Seine Fraktion hat noch keinen abschließenden Standpunkt. Einigen Fraktionen wirft er Populismus vor.

Herr **Dr. Fischer** ist der Meinung, wenn die Entscheidung um weitere Jahre verschoben wird, stehen wir vor dem Nichts. Herr **Kaps** betont, dass es kein Populismus ist, was die Fraktionen hier vorbringen. Seine Fraktion ist gegen die Schließung der Realschulen Sielow und Kahren. An dieser Meinung wird sich auch nichts ändern. Der Handlungsbedarf besteht im Stadtteil Sandow.

Herr **Hirthe** bietet Erläuterungen zum Thema aus Sicht des Schulamtes an. Da von den Stadtverordneten kein Interesse signalisiert wird, bittet Frau **Schneider** den Schulrat um entsprechende Ausführungen. Herr **Hirthe** stellt fest, dass die schulfachlichen Aspekte im Vortrag von Herrn **Weiß** bereits sehr deutlich dargestellt wurden. Er nimmt einen Variantenvergleich zu den Standorten und der Zügigkeit anhand von Folien vor.

Frau **Giesecke** ist dankbar, dass in der heutigen Debatte der emotionale Aspekt keine Rolle mehr spielte. Die Argumente waren sachlicher Natur. Sie bittet die Fraktionen, die genannten Dinge in die Betrachtung einzubeziehen und den bisherigen Standpunkt zu überdenken. Es sollen die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Herr **Kaun** nimmt heute als Vertreter an der Sitzung teil und möchte an die bisher getroffenen, schwierigen Entscheidungen bezüglich Schulschließungen erinnern. Es wäre schade, wenn in 10 bis 15 Jahren große Probleme auf die Stadt zukommen. Die heutigen Argumente müssen Berücksichtigung finden. Es wird Veränderungen in der Schullandschaft geben, so Frau **Schneider**. Künftig wird nicht mehr über die Schulform sondern über den Standort entschieden. Herr **Kaps** bittet um Redezeit für den Schulleiter der Realschule Sielow. Die Bitte wird durch die Ausschussvorsitzende abgelehnt. Die Schulen hatten bereits die Gelegenheit für eine Darstellung ihrer Sichten. Auf die Frage, wann die Vorlagen fertig sein müssen, antwortet Herr **Weiß**, dass die Beschlüsse im Dezember 2004 herbeigeführt werden müssen, damit das Ü7-Verfahren ordnungsgemäß vorbereitet werden kann. Herr **Strese** äußert, dass vier Fraktionen ihr Votum nicht zurücknehmen werden. Das ist ein Signal für die Verwaltung. Frau **Giesecke** bittet um Beachtung, dass die Verwaltung nicht anders handeln kann. In der Beschlussvorlage werden den Stadtverordneten die Alternativen aufgezeigt und sie müssen dann die Entscheidung treffen.

Die von Herrn Hirthe verwendeten Folien werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

FL

TOP 4

Herr **Weiß** erläutert den Anwesenden die Entwicklungszwänge zur Gymnasialkapazität in der Stadt Cottbus. Er stellt dar, dass im Vorfeld mit den Gymnasien Gespräche geführt wurden, damit sich die Schulen selbst mit Vorschlägen einbringen können. Das hat offensichtlich nicht zum Erfolg geführt. Aus den Bevölkerungszahlen der nächsten Jahre ist abzulesen, dass es auch das Max-Steenbeck-Gymnasium schwer haben wird, jährlich drei Züge der für den Profilerhalt erforderlichen Qualität an Begabten aufzunehmen. Deshalb wird vorgeschlagen, die Zügigkeit auf Zwei abzusenken, um den Leistungsanspruch erhalten zu können. Das ist schulrechtlich aber nur gemeinsam mit einem anderen Gymnasium möglich. Kerngedanke des Vorschlages ist nun die Entwicklung eines „neuen“ Max-Steenbeck-Gymnasiums am Standort des Ludwig-Leichhardt-Gymnasiums mit 4 Zügen. Das Max-Steenbeck-Gymnasium ist dabei mit seinen zwei Zügen Profil bestimmend. Es führt dazu zwei „normale“ Gymnasialzüge. In Konsequenz dieses Entwicklungsvorschlages wäre der Beschluss herbei zu führen, zum nächsten Schuljahr in beiden Gymnasien die Zügigkeit auf jeweils zwei Züge abzusenken. Der Umzug des Steenbeck-Gymnasiums wäre dann etwa 2009 möglich.

Über den Vorschlag ist Herr **Dr. Rösiger** verwundert. Das Steenbeck-Gymnasium ist eine der erfolgreichsten Schulen. In der Schulentwicklungsplanung spielt die Schule kaum eine Rolle. Er bedauert, dass die Fragen der Entwicklung des 6. Gymnasiums immer mit der Schließung einer anderen Schule in Verbindung gebracht wird. Ein Zusammengehen mit irgendeinem Gymnasium kann nicht funktionieren. Eine Fusion würde das Aus für die Schule bedeuten. Den Anwesenden wird ein Papier zum Schulkonzept und zu den Perspektiven der Einrichtung übergeben. Herr **Wegener** knüpft an die Äußerungen von Herrn **Dr. Rösiger** an. In seinen Darlegungen verknüpft er die Fragen der Schulentwicklung mit der Finanzsituation der Stadt Cottbus. Die Stadt hat Schulden und der Schuldenberg wird wei-

ter wachsen. Man muss darüber nachdenken, was perspektivisch möglich ist. Zu Bedenken ist auch die Beschulung Körperbehinderter (wo, wie viele, mit welchen Mitteln). Das 4. Gymnasium bietet eine kooperative Mitarbeit an.

Dem Steenbeck-Gymnasium gilt die Sorge der Stadt, so Frau **Schneider**. Die Notwendigkeit eines neuen Standortes ist unstrittig. Herr **Weiß** weist darauf hin, dass Herr Dr. Rösiger auf den von ihm geäußerten Vorschlag nicht eingegangen ist. Ziel ist die Verlagerung der Schule. Bis November sollte eine fachlich fundierte Diskussionsgrundlage vorliegen. In allen Fachbereichen der Schule wurde die Fusion geprüft, antwortet Herr **Dr. Rösiger**. Es liegen alle Stellungnahmen schriftlich vor. Fazit ist: eine „Vermischung“ mit einem anderen Gymnasium ist nicht möglich. Die Fraktionen sind sich einig, äußert Herr **Strese**, dass an Bildung nicht gespart werden darf. Im Rathaus solle gespart werden. Das 6. Gymnasium muss in der jetzigen Form bestehen bleiben, über den Standort muss geredet werden. Ist der Zusammenschluss des Niedersorbischen mit dem Humboldt-Gymnasium geprüft worden? Kann der Einzugsbereich des 6. Gymnasiums erweitert werden? Frau **Schneider** spricht sich für den Erhalt des Steenbeck-Gymnasiums aus. Der Standort muss geklärt werden. Die Zusammenlegung der Gymnasien, antwortet Herr **Bursian**, wurde noch nicht aus schulfachlicher Sicht geprüft. Vom Gesetz her ist es aber möglich. Profile können auf einzelne Züge festgelegt werden. Bisher war keine Bereitschaft für intensive Gespräche vorhanden. Er bekräftigt, dass das Profil des 6. Gymnasiums erhalten bleiben muss. Herr **Piel** sieht hier wieder eine finanzielle Diskussion. Das Schulsystem fällt uns auf die Füße. Anerkannte Gymnasien müssen erhalten bleiben. Es könnten doch die Schülerzahlen pro Klasse gesenkt werden. Herr **Dr. Fischer** betont, dass hier nicht um Geld diskutiert wird. Beide Schulleiter sollten bis zur nächsten Sitzung miteinander reden und dann gemeinsam auftreten. Die Absenkung der Klassenfrequenz ist Illusion, antwortet Herr **Bursian**. Das wird nicht passieren. Beim 6. Gymnasium kam die niedrige Klassenfrequenz nur auf Grund der kleinen Räume zustande. Sollte die Schule umziehen, muss auch das 6. Gymnasium damit rechnen, dass jährlich statt wie bisher 60, dann ca. 80 Schülerinnen und Schüler aufzunehmen sind. Frau **Spring** vermisst die individuellen Lösungen, die für Spezialschulen erforderlich sind.

FL *Bis zum nächsten Ausschuss bittet Frau **Schneider** die Fraktionen zu prüfen, welchen Standort das 6. Gymnasium bekommen soll und ob es eine Variante gibt, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen (Zusammenführung von 4. und 6. Gymnasium).*

TOP 5

Herr **Nagel** berichtet über den Stand der Entwicklung seiner Schule. Sie ist seit dem 1.8.2004 bestätigte verlässliche Halbtagsgrundschule. Die Einrichtung braucht die Unterstützung der Stadtverordneten. Es werden drei Probleme benannt, die einer Klärung bedürfen:

1. Personal
2. räumliche Bedingungen (größtes Problem)
3. Ausstattung – es stehen keine Mittel für Ausstattung und Material bereit.

Der Schulleiter richtet die Bitte an die Stadtverordneten, der Verwaltung Spielraum zu schaffen. Das Projekt muss ansonsten zum Schuljahresende eingestellt werden, wenn es keine Veränderungen gibt. Wie soll verlässliche Halbtagsgrundschule in Cottbus aussehen? Er äußert seine Unzufriedenheit über die langen Zeiträume, in denen keine Entscheidungen zur Verbesserung der räumlichen Situation getroffen werden.

Frau **Giesecke** würdigt Herrn Nagel als einen sehr engagierten Schulleiter. Er war der Erste, der sich mit diesem Konzept beschäftigt und den Antrag gestellt hat. Die Stadt unterstützt den Antrag. Das Land wünscht Projekte und gibt auch Anschubfinanzierung. Durch dieses Projekt kommt es zu weniger Einnahmen im Hortbereich. Erzieher müssen trotzdem gestellt werden. Die PeWoBe als Kooperationspartner plante eine Personalabsenkung. Für dieses Schuljahr bleibt die Personalbemessung im Interesse des Projektes der Regine-Hildebrandt-Grundschule bestehen. Am 1.6.2005 wird die Situation neu geprüft. Für das Projekt PONTE wird von den Kommunen die Bereitstellung finanzieller Mittel gefordert. Die räumliche Ausstattung wird schon seit längerer Zeit geprüft – hier speziell die Reaktivierung des Gebäudes der ehemaligen 10. Gesamtschule. Es muss aber festgestellt werden, dass die erforderlichen Mittel dafür in dem geschätzten Umfang nicht zur Verfügung stehen. Parallel werden Unterbringungsmöglichkeiten für die im Abrissgebiet liegende Kita „Max und Moritz“ gesucht. Für die Ausstattung des Projektes mit zusätzlichen Sachkosten stehen keine weiteren Mittel zur Verfügung. Abschließend betont Frau **Giesecke**, dass eine solche Schule gebraucht wird. Manche Dinge können aber nur schrittweise umgesetzt werden.

Frau Schneider bittet die Verwaltung um regelmäßige Information an den Ausschuss.

Frau **Breitschuh-Wiehe** bringt zum Ausdruck, dass bei der Vielzahl der genehmigten Ganztagschulen die Finanzierung und Ausstattung dieser sehr fragwürdig ist. Das Modell der Ganztagschulen wurde vom Land auf den Weg gebracht, ohne dass den Kommunen zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen.

Herr **Weiß** erklärt, dass das Modell der Ganztagschule auch einen Vorteil hat. Nur über diesen Weg sind Investitionen für Schulen aus Bundesmitteln zu bekommen. Die Stadt kann die Mittel für Ganztagschulen nicht aufstocken. Es müssen weitere finanzielle Reserven erschlossen werden, dazu gehört auch die konsequente Schließung von Schulen, deren Bedarf nicht mehr besteht. Herr **Schaaf** bittet um die Darstellung der Finanzlage in den Schulen.

Herr **Weiß** erläutert, dass solche Übersichten bereits mehrmals dargestellt wurden. Er bietet an, diese Übersichten zu aktualisieren und in einem der nächsten Ausschüsse zu erläutern.

TOP 6+7+8

Der Haushalt wurde bereits im September ausführlich vorgestellt. Frau Ramsch erläutert die wichtigsten Daten. Veränderungslisten werden den Stadtverordneten am kommenden Montag (11.10.2004) übergeben.

Der Vorlage OB-039/04 wird zustimmt

Abst.:
5:1:3

Der Vorlage OB-040/04 wird zustimmt.

Abst.:
6:0:3

Die Vorlage OB-041/04 wird abgelehnt.

Abst.:
3:1:5

TOP 9

Frau Giesecke erläutert die Vorlage zur Fortschreibung der Kita-Entwicklungskonzeption. Es geht hier nicht um die Schließung von Einrichtungen, sondern um den Abbau von Plätzen, die Fortführung von Einrichtungen und den Investitionsfluss. Einen Überhang an Erziehern gibt es nicht.

Der Vorlage wird mehrheitlich zustimmt.

Abst.:
7:1:1

TOP 10

Herr Warchold erläutert und begründet die notwendige Anpassung in der Satzung. Die bisherige Regelung im § 4 Finanzierung reichte dem Finanzamt für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit nicht mehr aus. Deshalb wurden die Regelungen im § 5 Gemeinnützigkeit neu gefasst.

Der Vorlage wird bestätigt.

Abst.:
9:0:0

TOP 11

Frau **Giesecke** erläutert die Vorlage zur alternativen Finanzierung des Schulstandortes der Sandower Realschule. Es wurden hierfür umfangreiche Abstimmungen und Recherchen in anderen Kommunen geführt.

Herr **Dr. Fischer** vertritt die Auffassung, dass diese Vorlage nicht behandelt werden kann, weil die Schullandschaft in Sandow mit Blick auf die noch laufende Diskussion zu den Standorten Sielow und Kahren derzeit unklar ist. Mehrere Stadtverordnete äußern an dieser Stelle, dass man sich bereits darüber einig war, diesen Standort zu erhalten.

Frau **Spring** und Herr **Schaaf** stellen den Antrag, diesen TOP auf die Tagesordnung November zu setzen.

Abst.:
8:0:1

TOP 12

Frau **Giesecke** führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss der Verwaltung den Auftrag gegeben hat, mit freien Trägern ein Konzept zu erarbeiten, wie Sozialarbeit an Schulen zukünftig gestaltet werden soll mit der Maßgabe, dass alle Schulen einen Nutzen davon haben. Ein Konzept wurde entwickelt, ein Modalitätenkatalog erstellt und die finanziellen Auswirkungen dargestellt. Die Diskussion dazu wurde über Wochen kontrovers geführt. Als Kompromiss zeichnet sich nun ab, dass die 15 zum Schulverwaltungs- und Sportamt gehörenden Stellen dem Jugendamt übertragen werden und die Schulsozialarbeiter in den nächsten Wochen ein eigenes Konzept vorlegen, das diesen Vorstellungen gerecht wird.

TOP 13

Herr **Weiß** erläutert die Möglichkeiten des Budgetansatzes im nächsten Haushaltsjahr. Ziel sind weitere Einsparungen an Schulen. Es wurde in Abstimmung mit der Liegenschaftsverwaltung festgelegt, dass auch die Kosten der Medien (Wärme, Wasser/Abwasser, Elektronenenergie) in das jeweilige Budget der Schulen mit aufgenommen werden. Damit wird nach seiner Auffassung der richtige Weg beschritten, weil das Nutzerverhalten nur stimuliert werden kann, wenn die Mittel vor Ort sind und umweltbewusstes Verhalten sich unmittelbar positiv und auch negativ auf das Budget auswirkt. Mit den Erfahrungen des kommenden Jahres sollten die Grundsätze dann präzisiert werden.

Die Schulentwicklungsplanung Oberstufenzentren und Gymnasien sind zwei unabhängige Prozesse. Herr **Weiß** berichtet über die Umsetzung und derzeitige Arbeitsschwerpunkte. Der Landkreis Spree-Neiße bereitet die Fördermitelanträge für den Standort Makarenkostraße vor. Bei dem Vorhaben Sachsendorfer Gymnasium werden in den nächsten Tagen gemeinsam mit staatlichem Schulamt und Vertretern des Spree-Neiße-Kreises die Schritte für die Zusammenführung strukturiert. Der Ausschuss wird zu gegebener Zeit darüber informiert. Auch bei den Oberstufenzentren wird mit Schulamt, Kreis und Vertretern der Schulen die sich in den nächsten Jahren ergebenden Möglichkeiten der Freizüge von Gebäuden und der Profilierung der verbleibenden Oberstufenzentren beraten.

Außerhalb der Tagesordnung ruft Frau **Schneider** den Antrag des Ausschusses zur externen Ausschreibung der Stelle Techniker im Schulverwaltungs- und Sportamt auf. Die Stadtverordneten haben keine Änderungswünsche. Damit wird der Antrag an den Hauptausschuss zur Beratung und Beschlussfassung weitergeleitet.

f. d. R. gez. Rädisch

Anlage

Oberschulen in Cottbus

Staatliches Schulamt Cottbus

7. Oktober 2004

Variantenvergleich – Standorte:

Merkmale	4 Standorte (drei- bis vierzünftig)	5 Standorte (3x drei- bis vier-, 2x zweizünftig)
Züge insgesamt (min/max)	12 - 16	13 - 16
Investition	nur für 4 Standorte	für 5 Standorte!
Zusätzliche Investitionsmittel	ja, da alle 4 Standorte Ganztagschulen sind	<u>nur</u> für 3 Standorte möglich, da Sielow und Kahren kein Ganztag
Zusätzliche Kosten (Hausmeister, Verwaltung, Sachbearbeitung, Sozialarbeit, Nebenkosten, Instandhaltung...)	nur für 4 Standorte	für 5 Standorte
Stadtteilkfunktion	Sachsendorf ja Mitte ja Sandow 1 ja Sandow 2 ja (zusätzlich gute Verbindung aus dem Kreisgebiet)	3-mal ja 2-mal nein (bei Sielow und Kahren müssen ge- nauso viele Schüler aus dem Stadtgebiet in die Ortsteile fahren, wie umgekehrt!)
Größe und Ausstattung der Standorte (Sporthal- len, Hortangebote Gs und Freizeitmöglichkei- ten....)	in der Regel ja	nicht an allen Standorten gegeben
Gefährdung durch Konkurrenz	gering, da 4 gleichgroße Standorte mit ausreichender Zügigkeit	groß, da 2 von 5 Standorten am Rand der Mini- malgröße – 40!)

Variantenvergleich – Zügigkeit:

Züge	3-4 (Sachsendorf, Mitte, Sandow)	nur 2 (Sielow und Kahren)
Schüler pro Jahrgang	ca. 75 – 100	ca. 50
Schüler gesamt	300 - 400	200
Kosten-Schüler-Relation	niedrig	hoch
Raum-Schüler-Relation (insbesondere kostenaufwendige Räume wie Sporthallen, Fachkabinette, PC-Zugang, Freiflächen....)	niedrig	hoch
Ressourcenoptimierung	ja	nein
Flexibilität bei Rückgang bzw. Zuzug	ja, groß (da zwischen 2 und 4 Zügen variiert werden kann!)	nein (bei Bedarf kann nicht aufgestockt werden)
Ganztagsangebote	ja	nein
Anzahl Lehrkräfte nur Unterricht (bei 1,5 pro Klasse)	18 - 24	12
Anzahl Lehrkräfte für Unterricht und Ganztags (bei 2,0 pro Klasse)	24 - 32	-
Innerschulische Fachkonferenztätigkeit (mindestens 3 im Fach unterrichtende Lehrkräfte!)	in der Regel gegeben	in der Regel nein
Integration (SB, LB, VG und ausl. Sch.) Bedarf trotz sinkender Schülerzahl gleichbleibend!	problemlos, da immer 1-2 Regelklassen je nach Bedarf vorhanden sind	problematisch, auch bezüglich der Differenzierungsform
Differenzierung - Klassenbildung (integrativ, kooperativ bzw. kooperativ und integrativ)	alle Formen auch im Zusammenhang mit der Integration möglich und umsetzbar	eingeschränkt bzw. nicht möglich, insbesondere im Zusammenhang mit der Integration
Unter- und außerunterrichtliche Angebotspalette	relativ groß, da viele Lehrkräfte	klein, da wenig Lehrkräfte
Lehrereinsatz zur Absicherung des unterrichtlichen Angebotes	gut mit o. g. Anzahl realisierbar	schwierig (hoher Gastlehreranteil)